

Bern

«Bern braucht eine Stadterweiterung»

Mit seiner vorzeitigen Pensionierung protestiert der Berner Stadtplaner Christian Wiesmann (60) gegen die Verknappung der Mittel. Bern müsse im Westen oder Osten wachsen - eher nicht im Bremgartenwald.

Interview: Bernhard Ott

Herr Wiesmann, Sie lassen sich bereits mit 60 freiwillig pensionieren. Warum dieser frühe Abgang?
Das Stadtplanungsamt kann seine ureigste Aufgabe, die längerfristige Stadtentwicklung, nicht mehr ausführen. Der Gemeinderat will, dass die Stadt bis 2020 auf 140 000 Einwohner anwächst. Mit Verdichten alleine ist das nicht mehr zu bewerkstelligen. Also braucht es eine Stadterweiterung. Um diese Planung in Angriff zu nehmen, benötigen wir aber mehr Personal. Seit mehreren Jahren habe ich nun vergeblich versucht, zwei zusätzliche Stellen während dreier Jahre und die Wiederbesetzung einer vakanten Stelle zu erwirken. Der Stadtrat hat dies stets abgelehnt. Wenn uns die Mittel zur Erfüllung unserer Aufgabe fehlen, können wir die Arbeit nicht mit der Qualität leisten, die der Stadt Bern würdig ist und die auch meinen persönlichen Qualitätsansprüchen entspricht.

Dafür nehmen Sie auch eine Einbusse bei der Pensionskasse in Kauf?
Ja. Ich gehe aber nicht in den Ruhestand, sondern eröffne ein Büro für Städtebau, Raumplanung und Architektur.

Sie sagten jüngst, Bern müsse in der Grössenordnung des Kirchenfeldquartiers erweitert werden. Wo soll das neue Quartier gebaut werden?
Wir haben vor drei Jahren mögliche Neubaugebiete im Westen und im Osten Berns in der Grösse von jeweils 60 Hektaren aufgezeigt.

Im Osten wurde die Stadterweiterung an der Urne abgelehnt.
Das ist rund 25 Jahre her. Vielleicht sagt die jetzige Generation nicht mehr konsequent Nein.

Warum wird denn im Osten und im Westen nicht bereits geplant?
Weil uns die Mittel fehlen. Man müsste das Stadtentwicklungskonzept aus dem Jahr 1995 revidieren. Zudem müsste die Überbauung des Viererfeldes angegangen werden. Das verlangt der Kanton als Grundeigentümer ohnehin.

Auch beim Viererfeld hat das Volk bereits Nein gesagt. Heute plant die Stadt in einer Ecke des Viererfeldes.
Der Teil, der heute bearbeitet wird, gehört der Stadt. Das Viererfeld als solches gehört aber dem Kanton. Vor vier Jahren hat der Grosse Rat eine Motion überwiesen, welche die Einzonung des Viererfeldes verlangt. Gemäss dieser Motion kann der Kanton notfalls auch mit einer kantonalen Überbauungsordnung eine Planung initiieren.

Das Nein des Volkes zu einer autofreien Siedlung auf dem Viererfeld liegt erst sechs Jahre zurück. Wie lange dauert die Anstandsfrist für eine neue Planung?
Das ist eine politische Frage. Die Abstimmung verlief ja extrem knapp. Der Stadtrat hatte die Vorlage deutlich angenommen. Das Viererfeld ist ein schöner Ort zum Wohnen - ideal gelegen.

Zur Debatte steht zurzeit die Waldstadt «Bremer». Sie haben sich eher skeptisch dazu geäußert.
Gemäss eidgenössischem Waldgesetz darf der Wald nicht raumplanerisch beplant werden. Der Wald ist aber selbstverständlich auch Bestandteil des Raums. In diesem Sinne ist es eigentlich falsch, wenn der Wald nicht in die Raumplanung einbezogen wird. Ich bin gerne bereit, bei einer Planung, die den Wald einbezieht, mitzumachen. Dann möchte ich aber die ganze Stadt unter Einbezug des Waldes neu planen. Dabei komme ich aber womöglich zu anderen Schlüssen

«Die Waldstadt würde einen grossen Dammbuch bedeuten. Davor habe ich Respekt.»



Kritischer Blick in Berns Zukunft: Der abtretende Stadtplaner Wiesmann. Foto: mz

sen bezüglich des Standortes. Vielleicht ist der ideale Standort für ein neues Quartier nicht im Bremgartenwald, sondern vielleicht im Dählhölzliwald oder im Könizbergwald. Das müsste bei einer Revision des Stadtentwicklungskonzepts studiert werden.

Eine derart grosse Beplanung von Waldfläche käme einem Dammbuch in der Raumplanung gleich.

Auch die Waldstadt würde bereits den Dammbuch bedeuten. Davor habe ich grossen Respekt. Die Planung über den Wald müsste unter ganz strengen Regeln erfolgen. Der Förderverein Waldstadt will demnächst in einem Bericht nachweisen, wie man das machen könnte. Ich bin der Überzeugung, dass man die Waldstadt mit dem heutigen Waldgesetz nicht bauen kann. Ob das Bundesgericht das in einem Rechtsfall anders sehen würde, ist offen. Dem Gemeinderat ist das auch bewusst. Aber er will es trotzdem probieren. Das nationale Parlament hat vor anderthalb Jahren beschlossen, das Waldgesetz nicht zu lockern.

Gemeinderat Reto Nause (CVP) sagt, dass eine Planung Waldstadt die Rückzonung von Bauland in der Agglomeration bedingen müsste. Ist das nicht utopisch?

Das Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK) strebt eine Konzentration im Zentrum an. Rückzonungen sind aber nicht vorgesehen.

«Die Regionalkonferenz könnte einzelnen Gemeinden Einzonungen verbieten.»

Mit dem RGSK könnten neue Einzonungen in der peripheren Agglomeration verhindert werden. Theoretisch könnte die Regionalkonferenz einzelnen Gemeinden Einzonungen gar verbieten. Aber das ist ein heisses politisches Eisen. Auf eidgenössischer Ebene stimmen wir bald über die Landschaftsinitiative ab. Diese verlangt, dass die Bauzonen in den nächsten zwanzig Jahren um keinen Quadratmeter vergrössert werden dürfen. Falls die Initiative angenommen wird, müsste über einen «Abtausch» von Bauzonen zwischen Aussengemeinden und Stadt verhandelt werden.

Kann die erwünschte Bevölkerungszunahme der Stadt Bern nicht durch Verdichten alleine erreicht werden?
In der Stadt Bern gibt es viele unverzichtbare Grünflächen zum Zweck der Naherholung und der Wohnqualität. Mit den bebaubaren Flächen alleine kann

«Der Bahnhof ist primär Bahnhof. Alle anderen Nutzungen sind sekundär.»

man das Ziel nicht erreichen. Heute nimmt eine Person 45 Quadratmeter Wohnfläche in Anspruch, Tendenz steigend. Wenn die Ansprüche auf 35 Quadratmeter sinken würden, bräuchten wir keine Verdichtung und keine Stadterweiterung mehr. Das ist aber utopisch.

Die Baudirektorin von Köniz sagte einmal, es sei gar nicht so schlecht, wenn die Bevölkerung nicht wachse. Warum soll die Stadt Bern wachsen?
Weil die Leute wieder vom Land in die Stadt zurückkommen. Diesem Bedürfnis will der Gemeinderat Rechnung tragen. Das ist eine politische, keine raumplanerische Frage.

Benedikt Loderer plädierte im «Bund» für die Wiedereinführung des Stadtbaumeisters. Dieser müsse als «architektonisches Gewissen» fungieren. Braucht Bern einen Stadtbaumeister?

Ja, sicher. Jede Stadt hat einen Stadtbaumeister. Dem war auch in Bern bis vor sieben Jahren so. Schliesslich hat man aber die Stadtbauten aus abschreibungs-technischen Gründen gebildet. Leider hatte man einen Immobilienfachmann und keinen Architekten zum Direktor gemacht. Die Rückführung der Stadtbauten in die Verwaltung ist richtig. Raumplanung, Hochbau und Verwaltung der Liegenschaften sollten aber getrennt bleiben.

Beim Bahnhof zeichnet sich ab, dass die SBB keinen Tiefbahnhof mehr bauen wollen. Der Bahnhof soll verbreitert werden. Was bedeutet das für das städtische Umfeld?
Wenn klar ist, wie sich der Bahnhof entwickelt, müssen wir zum Beispiel über die Zonenpläne reden. Es gibt drei Bauzonen westlich, östlich und auf dem Bahnhof, wo trotz der bestehenden Planung niemand baut.

Sie haben einmal für einen dritten Bahnhofzugang und eine Neuauflage des Schanzentunnels plädiert.
Der Schanzentunnel ist im Moment kein Thema mehr, da ein Ausbau der kleinen Westtangente zur Diskussion steht. Der neue Bahnhofzugang wird sich erst konkretisieren, wenn klar ist, wo künftig die Pendlerströme durchgehen.

In welche Richtung sollte sich denn der Bahnhof entwickeln?
Der Bahnhof ist primär Bahnhof. Alle anderen Nutzungen sind sekundär. Wenn aus allfällig verbreiterten Bahnhöfen von RBS und SBB künftig mehr Pendlerströme, muss man die Bahnhofhalle zusätzlich öffnen.

Zur Debatte standen bereits eine Erschliessung der Bahnhofhalle von oben mittels Rolltreppen oder eine seitliche Öffnung der Halle zum Bahnhofplatz hin.
Diese Öffnungen sind Teil der Bahnhofplanung. Es gibt die Absicht, Licht seitlich und von oben in die Gleisanlage und die erweiterte Bahnhofhalle fallen zu lassen.

Wie sollte Bern in vierzig Jahren idealerweise aussehen?
So wie heute - etwas verdichtet und erweitert durch ein neues Quartier. Das «Kirchenfeld des 21. Jahrhunderts».

Christian Wiesmann
Ein erfahrener Raumplaner

Architekt Christian Wiesmann (60) ist seit sechs Jahren Berner Stadtplaner. Vorher war er während elf Jahren Kantonsplaner in Freiburg. Neuer Berner Stadtplaner wird Mark Werren (50). (bob)

9.	4.	8.	13.	17.	2.
21.	1.	19.	20.	23.	12.
5.	10.	14.	3.	18.	7.
16.	22.	11.	6.	24.	15.

Adventswunsch

Clà (9), Bern:
«Das man nichtmer lagt.» Nebst diesem ideellen Wunsch, dass die Jagd auf Tiere aufhören solle, hat Clà auch noch ein materielles Anliegen: «Ich wünsche mir ein Schnetrotine.» To whom it may concern: Falls diese Person nicht genau weiss, was ein Schneetrottinet ist, hat Clà einen Tipp auf Lager: Man könne im Internet ein Bild des Geräts googeln. (mdü)

Alt-Regierungsrat Hans Krähenbühl gestorben

Der 86-jährige frühere Polizeidirektor erlag in Thun den Folgen eines Unfalls.

Der Steffisburger Anwalt und Notar Hans Krähenbühl (FDP) hatte von 1980 bis 1986 dem Berner Regierungsrat angehört, wo er das Amt des Polizei- und Militärdirektors innehatte. Zuvor politisierte er im Steffisburger Gemeindeparlament, von 1960 bis 1981 war er Steffisburger Gemeinderat. In den Jahren 1966 bis 1980 sass Krähenbühl im Grosse Rat, er war FDP-Fraktionschef und im Jahr 1979/1980 Grossratspräsident. Im September 1980 wurde Krähenbühl in einer Ersatzwahl in den Regierungsrat gewählt. 1984/85 war er Regierungspräsident. Als wichtige politische Projekte des Steffisburger Juristen gelten etwa der Ausbau des Polizeikorps und die Modernisierung des Strafvollzugs - durch Neubauten im Jugendheim Prèles und in den Strafanstalten St. Johannsen und Witzwil.



Hans Krähenbühl.

Finanzaffäre als Karrierenende

Zu Krähenbühls Karrierenende führte die Berner Finanzaffäre, die der Revisor Rudolf Hafner 1984 durch seine Berichte über das zweifelhafte Finanzgebaren des Berner Regierungsrats auslöste. Und es waren damals fast weniger die gröberen finanziellen Unregelmässigkeiten, die schwarzen Kassen und die geheimen Zahlungen an bernjurassische Antiseparatisten und problematische Laufentaler, die die Gemüter erregten: Den grössten Unmut erzeugte das Spesengebaren der Regierungsräte - etwa das staatlich finanzierte «Reisli» von Regierungsräten an den englischen Cupfinal oder der Umstand, dass Polizeidirektor Hans Krähenbühl seinen Jaguar mehrfach auf Staatskosten in der Staatsgarage reparieren liess. Krähenbühl und Finanzdirektor Werner Martignoni (SVP) verzichteten als Folge der Affäre 1986 auf eine erneute Regierungsratskandidatur.

Hans Krähenbühl starb «an den Folgen eines schweren Sturzes von einer verschneiten Treppe», wie die Familie mitteilte. (sw)

Bei Zimmerbrand in Bern leicht verletzt

Bei einem Zimmerbrand am Randweg 9 im Lorrainequartier ist gestern eine Person leicht verletzt worden. Der Alarm ging kurz nach 15 Uhr bei der Berufsfeuerwehr ein. Diese löschte den Brand mit einem Kleinlöschgerät umgehend. Eine Person wurde durch das Einatmen von Rauchgasen leicht verletzt und zur Kontrolle ins Spital verbracht. Der Sachschaden ist gering, die Brandursache ist noch nicht bekannt. (bfb)